

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes
zur Vereinfachung der Ausgabe von Schuldverschreibungen
— Drucksachen 11/5830, 11/8181 —

**Bericht der Abgeordneten Diller, von Schmude, Dr. Weng (Gerlingen)
und Kleinert (Marburg)**

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, künftig auf die staatliche Genehmigung der Ausgabe inländischer Inhaber- und Orderschuldverschreibungen zu verzichten. Die Maßnahme soll der Verwaltungsvereinfachung, der Deregulierung der Wirtschaft und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland als internationaler Finanzplatz dienen.

Der Gesetzentwurf führt nach Wegfall der Genehmigungsgebühr zu jährlichen Mindereinnahmen des Bundes in Höhe von 8 Mio. DM. Ferner entstehen jährliche Minderausgaben durch die voraussichtliche Personaleinsparung von zwei Stellen des gehobenen Dienstes.

Die im Haushaltsjahr 1991 entstehenden Mindereinnahmen und Minderausgaben sind im Entwurf des Bundeshaushalts 1991 zu berücksichtigen. Für die Folgejahre ist die Finanzplanung des Bundes entsprechend fortzuschreiben.

Die öffentlichen Finanzen der Bundesländer und Gemeinden werden durch den Gesetzentwurf nicht berührt.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, daß der federführende Rechtsausschuß keine Änderungen mit wesentlichen haushaltsmäßigen Auswirkungen empfiehlt.

Bonn, den 19. September 1990

Der Haushaltsausschuß

Walther	Diller	von Schmude	Dr. Weng (Gerlingen)	Kleinert (Marburg)
Vorsitzender	Berichterstatter			

